

Die neue Normalität?

Der aufhaltsame Aufstieg des Rechtspopulismus

War die Beschäftigung mit dem Rechtspopulismus in Deutschland lange ein Rand- oder Teilaspekt verschiedener Forschungsfelder, so ist er jetzt ins Zentrum der akademischen und politischen Aufmerksamkeit gerückt. Auch in Deutschland, das lange eine Ausnahme war und inzwischen ein Nachzügler unter den Heimatländern des Phänomens ist, kommt man nicht mehr um das Thema herum.

So kann der sogenannte Brexit künftig als Beispiel dafür gelten, wie Rechtspopulisten selbst in einem für sie durch Mehrheitswahlrecht und politische Kultur unwirtlichen politischen System eine geschichtsprägende Entscheidung in ihrem Sinne beeinflussen konnten. Dennoch scheint der vorläufige Höhepunkt rechtspopulistischer Wahl- und Abstimmungserfolge nach dem Brexit und der Wahl Donald Trumps zum US-amerikanischen Präsidenten inzwischen überschritten zu sein: Weder die Präsidentschaftswahl in Österreich, noch diejenige in Frankreich, noch die niederländische Parlamentswahl konnten rechtspopulistischen Kräfte für sich entscheiden.

Die AfD ist keineswegs verschwunden, konnte aber keine zweistelligen Ergebnisse bei den jüngsten Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen mehr erreichen, die sie zum Erschrecken vieler noch im Jahr zuvor eingefahren hatte.

Aber gerade diejenigen, die sich der Bewegungsforschung in ihren zahlreichen Facetten verbunden fühlen, müssen am deutlichsten vor etwaigen Entwarnungen abraten, sofern sie sich als Gegner des Rechtspopulismus verstehen. Denn es ist die Forschung zu den sozialen Bewegungen, die – von engen rationalistischen und behavioristischen Ansätzen abweichend – sich schon lange der Frage gewidmet hat, wie politische Kräfte auch dann auf die politische Tagesordnung, auf Gesetzgebungsprozesse, auf Rechtsprechung und Rechtsdurchsetzung bisweilen erheblichen Einfluss nehmen, wenn

sie nicht bei Kabinetten und Küchenkabinetten, bei Parlamentsfraktionen und in Ministerialbürokratie mit am Tisch sitzen.

Ein interdisziplinär angelegtes Forschungsfeld wie die Bewegungsforschung tut gut, sich dem Gegenstand mit größtmöglicher Offenheit anzunehmen und einen unverstellten Blick auf die *Probleme* zu werfen, die die Beschäftigung mit dem Rechtspopulismus sichtbar macht. Das betrifft in Deutschland vor allem den zweiten Begriffsteil, den des ‚Populismus‘, dem unbefangenen entgegenzutreten durch mehrere Hindernisse erschwert wird: Zunächst ist es oftmals schwierig, den polemischen Charakter der Vokabel „Populismus“ auszublenden, weil sie hierzulande (anders als etwa im angelsächsischen Sprachraum) mit einer Stigmatisierung belegt wird. Deren Akzent paraphrasiert man am besten mit einem bekannten Bonmot von Terry Eagleton zur Ideologie: Populismus ist wie Mundgeruch – es ist immer das, was der Andere tut (aber nie man selbst; vgl. Eagleton 1991: 2).

Dazu passt, dass es nach wie vor keine konsensfähige Definition des Begriffs gibt. Vielmehr scheint nicht nur im politischen Handlungsfeld, sondern auch für die Forschung oftmals zu gelten, dass Populismen wie die Rorschachtests aus der Psychologie funktionieren. „Wie die Klecksetafeln jenes psychologischen Testinstruments provozieren sie Projektionen und Bewertungen, die ihrerseits einem Vorrat an Deutungen und Motiven entspringen, die der Betrachter an die Testbilder heranträgt und in sie hineinliest“ (Offe 2003: 15).

Weiterhin wird die Befassung mit dem Phänomen dadurch erschwert, dass nicht nur der Rechtspopulismus selbst durch seine mal konjunkturellen, mal schlagartigen Auf- und Ab-Bewegungen, seine inneren Abspaltungen, seine fließenden Übergänge zu nationalistischen Bewegungen und rechter Zivilgesellschaft ein „moving target“ ist. Vielmehr muss man in immer mehr Ländern feststellen, dass die politischen Landschaften insgesamt vielleicht *nicht nur*, aber doch ganz maßgeblich *auch* durch den Populismus zu beweglichen Zielen werden, wodurch lange gepflegte Gewissheiten über

politisch-soziale Konfliktlinien, Tabu-Themen und Eskalationsstufen der Politik sich als nur vermeintliche Barrieren blamieren.

Noch kontra-intuitiver haben die Parteien, die nationalistische Lösungen vertreten, eine bemerkenswerte Europäisierung und Transnationalisierung der politischen Tagesordnungen heraufbeschworen. So wusste jedenfalls das Allensbach-Institut zu berichten, dass die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten in Deutschland am Jahresende 2016 das politische Topthema schlechthin war. Während der Kampagne um die französische Präsidentschaft wurden die Leitartikel aus aller Welt nicht müde zu betonen, wen die Franzosen um Himmels willen (nicht) wählen sollten.

Schließlich sollte bei allen Gleichzeitigkeiten und „Familienähnlichkeiten“ zwischen den populistischen Parteien nicht vernachlässigt werden, durch Fallstudien und Vergleiche ihre jeweilige Spezifik zu entschlüsseln. Die Sozialwissenschaft sollte dringend der Versuchung widerstehen, vom Profilierungsbedarf getrieben selbstreferentiell immer neue Definitionen, Typologien und Bindestrich-Bezeichnungen zum Rechtspopulismus zu schaffen, wie es die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung bei ihrem Gegenstand nicht zu ihrem Vorteil betrieben hat.

Es ist deswegen zu begrüßen, dass in verschiedenen Disziplinen das Phänomen des Rechtspopulismus unter die Lupe genommen wird, weil durch jede disziplinäre Brille immer nur ein Teil des rechtspopulistischen Chamäleons in den Blick geraten kann.

Die *parteiensoziologische* Brille betrachtet am Rechtspopulismus schwerpunktmäßig dessen organisatorische und strategische Ressourcen sowie seine wahlpolitischen Gelegenheitsstrukturen. Diese Perspektive ist unverzichtbar, weil bislang der als Parteien organisierte Teil der populistischen Rechten den Angelpunkt des radikal rechten Spektrums zu stellen scheint.

Die *demokratie- und extremismustheoretischen* Herangehensweisen erhalten eine bisweilen für Fachkollegen bedrückende Realität spätestens durch Rechtspopulisten an der

Macht in den USA und Osteuropa, wo neben Gewaltenteilung und Bürgerrechten auch die Freiheit der Wissenschaft unter offenen Beschuss geraten ist.

Durch die *Brille der empirischen Konfliktsoziologie, der Rassismusforschung und der Gesellschaftstheorie* betrachtet geht es vornehmlich um die Frage, wie weit verbreitet und wie tief sitzend in der Gesellschaft das Reservoir an Ressentiments ist, das Rechtspopulisten ansprechen und bei ihren Aktivisten zu einem politischen Willen schmieden. Noch tiefergehend geht es um die politisch kontroverse Frage, ob beziehungsweise wie dieses Reservoir aus den Strukturen unserer Gesellschaft selbst erwächst, zu deren Verteidigung an der Wahlurne nun alle Bürger mobilgemacht werden.

Die *kommunikations- und techniksoziologische Brille* schließlich ist inzwischen auch unverzichtbar geworden. Weder die wahlpolitische noch die zivilgesellschaftliche Durchschlagskraft des Rechtspopulismus unserer Tage sind denkbar ohne den enthemmenden und multiplikatorischen Effekt sozialer Medien, der seinen Anhängern Bekanntmachung, Agitation und Mobilisierung an den klassischen Medien vorbei erlaubt, ihn zugleich aber intern selbst durch die ungefilterte Wutentladung innerhalb der eigenen Filterblase bedroht.

„Aktuelle Analyse“

Die „Aktuelle Analyse“ passt diesmal zum Themenschwerpunkt: *Knut Bergmann, Matthias Diermeier und Judith Niehues* analysieren Befunde der Meinungsforschung zu den politischen Ansichten der AfD-Anhänger im Längsschnitt. Im Kern der Analyse steht dabei die Frage, ob es sich in der Gründungsphase vor allem um eine dezidiert wirtschaftsliberale Klientel handelte, die in der Folge zunehmend von Anhängern des rechtskonservativen Rand abgelöst wurde. Zugleich lässt sich so die Frage beantworten, ob die Anhänger der AfD die zunehmende Orientierung der Partei Richtung rechter Rand des politischen Spektrums nachvollzogen haben – oder ob sie nicht sogar

umgekehrt immer schon radikalere Ansichten vertraten, als die Parteiführung und die offizielle Programmatik dies zumindest in der Gründungsphase vermuten ließen.

Thomas Leif analysiert das Strategiepapier der AfD-Führung vom Dezember 2016 „Demokratie wieder herstellen – Dem Volk die Staatsgewalt zurückgeben“. Es sagt mehr über den Charakter der rechtspopulistischen Partei als die sorgfältig dosierten Programme. Die AfD setzt durchgehend auf eine Parallel-Kommunikation in der Öffentlichkeit. Einerseits nimmt sie „konservativ-liberale Positionen“ für sich in Anspruch, andererseits forciert oder toleriert sie hasserfüllte, rassistisch motivierte Attacken. Das zentrale Dokument zur politischen Praxis der AfD offenbart ein taktisches Verhältnis der Partei zur Wahrheit, obgleich sie mit dem Slogan „Mut zur Wahrheit“ operiert.

Die Beiträge des Themenschwerpunkts

Dieter Rucht entwirft einen sozialwissenschaftlichen Erklärungsrahmen für die Konjunktur rechtspopulistischer Strömungen. Rechtspopulismus wird als Produkt einer makrostrukturellen Konstellation und seiner Form nach als soziale Bewegung bestimmt. Entlang seines Verhältnisses zu den Kriterien Menschenwürde, soziale Gleichheit, Nationalismus und Ethnozentrismus, der liberal-repräsentativen Demokratie, den gesellschaftlichen Eliten sowie dem staatlichen Gewaltmonopol wird er analytisch gefasst. Stärker als andere Strömungen im rechten Spektrum kennzeichnet den Rechtspopulismus eine systematische Ambivalenz gegenüber diesen Aspekten. Zugleich erweist sich der Rechtspopulismus als spezifische Formation innerhalb einer umfassenderen rechten Bewegung und weist in vielfacher Form Verbindungen zu genuin rechtsradikalen Strömungen auf. Ein universell angelegter Erklärungsrahmen ist ohne die Berücksichtigung längerfristiger Tiefenströmungen und ihrer spezifischen Überlagerungen nicht zu haben. Dabei geht es Prozesse der ökonomisch-materiellen Deprivation, der politischen Entfremdung und der kulturellen Desorientierung.

Karin Priester macht vor dem Hintergrund eines beginnenden Prozesses der Entglobalisierung und eines Glaubwürdigkeitsverlustes des kosmopolitischen Narrativs des Neoliberalismus auf zahlreiche Ansätze eines Gegenpopulismus von links aufmerksam. Als „dünne Ideologie“ im Sinne Micheal Freedens ist Populismus richtungspolitisch keineswegs festgelegt. Im Kern beruht er auf einer Positionierung gegen das Establishment und die Eliten im Namen des „Volkes“, dessen „Souveränität“ es wieder herzustellen gelte. Er findet seinen Resonanzraum aufgrund der Auflösung der großen politischen Subkulturen und der Fokussierung der Volksparteien auf die Mitte und kann sich seit den 1970er-Jahren dauerhaft verselbständigen. Im europäischen Kontext ist der genuine Linkspopulismus nicht ohne Berücksichtigung der jeweiligen Einstellung zur EU zu verstehen. Der Beitrag skizziert vor diesem Hintergrund eine differenzierte Phänomenologie der linkspopulistischen Strömungen in Europa (Podemos, Syriza, Parti de gauche und La France insoumise) und geht auf Vordenker wie Mouffe und Laclau ein. Mit der neoliberalen Globalisierung rücke der Linkspopulismus zugunsten eines Partikularismus des Patriotismus auch vom Universalismus ab. Ein gravierender Unterschied zum Populismus von rechts besteht jedoch in der Richtung, in die mobilisierte Frustrationen abgeleitet werden: Während der linke Populismus Machtaggregate wie die EU oder die Banken thematisiere, kennzeichnet die Berufung auf ethnische oder kulturelle Homogenität den rechten Populismus auch da, wo er vereinzelt linksliberale Positionen zu integrieren versucht.

Christopher Schmitz und *Stine Marg* analysieren die Gegenmobilisierungen zum Rechtspopulismus. Ihr Beitrag diskutiert anhand der NoPegida-Demonstrationen aus dem Jahr 2015 aktuelle Schwierigkeiten, mit denen der Protest gegen Rechtspopulismus konfrontiert wird. Ein besonderes Augenmerk wird hierbei auf die Schwachpunkte der Strategien gelegt, die an diesen Protesten erkennbar werden und den Umgang mit rechtspopulistischen Protestereignissen im Allgemeinen prägen.

Richard Gebhardt fragt im Gespräch mit *Kerstin Köditz*, Sprecherin für antifaschistische Politik in der Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag und Kuratoriumsmitglied der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (LpB), und *Frank Richter*, Geschäftsführer der Stiftung Frauenkirche in Dresden und im Jahr 2015 Leiter der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, nach den Dialogmöglichkeiten mit Pegida-Anhängern. Gesprochen wird über die verschiedenen Phasen der „Empörungsbewegung“ und die Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit den Mitgliedern, aber auch über Gründe für den zeitweise großen Zulauf, den die Demonstrationen hatten.

Der Beitrag von *Alban Werner* diskutiert die Erfolgsgründe rechtspopulistischer Parteien in westlichen und postkommunistischen Demokratien. Dabei liegt die These zugrunde, dass der Zusammenbruch des nach 1989 entstandenen politischen Ordnungsgefüges zur Gelegenheitsstruktur radikaler rechter Populisten wird. Aufbauend auf einer Krisentheorie wird argumentiert, wie soziale Ungleichheiten und Unzufriedenheiten durch Politik entstanden

oder zugelassen wurden, am denen die rechtspopulistische Agitation erfolgreich anknüpft. Besondere Bedeutung entfalten dabei geoökonomische und geopolitische Konfliktlinien.

Floris Biskamp setzt sich mit dem Gedanken auseinander, man müsse auf den Aufstieg des Rechtspopulismus reagieren, indem man „die Ängste der Menschen ernst nimmt“. Während sich tatsächlich feststellen lässt, dass der Erfolg rechtspopulistischer Parteien mit der Verbreitung von Ängsten und Sorgen in der Bevölkerung verbunden ist, zeigt ein genauerer Blick, dass dabei verschiedene Formen von Angst zu unterscheiden sind. Dies sind insbesondere rational begründbare Befürchtungen vor Prekarisierung und sozialem Abstieg einerseits und projektive Ängste von ohnehin marginalisierten sozialen Gruppen andererseits. Während gegen Rechtspopulismus positionierte politische Akteure die Ängste vor Prekarisierung und sozialem Abstieg auch auf ihre Agenda setzen, können sie die Ängste von ohnehin marginalisierten sozialen Gruppen nur adressieren, indem sie sie als Problem ernst nehmen. Um dies darzulegen, werden diese Ängste einerseits aus der Perspektive der sozialpsychologischen



Autoritarismustheorien, andererseits aus der Perspektive diskurs- und machtanalytischer Rassismustheorien diskutiert.

Farid Hafez untersucht vor dem Hintergrund der Rassismus- und Antisemitismusdebatten in Deutschland den exkludierenden „Volks“-Begriff und dessen Anschlussstellen für antimuslimische Positionen im zeitgenössischen Rechtspopulismus. Zuerst nähert sich der Beitrag dem Begriff des Rechtspopulismus sowie dem Konzept des Ethnopluralismus beziehungsweise des differentialistischen Rassismus als zentrale Kategorie der Neuen Rechten an, um schließlich den Begriff des anti-muslimischen Rassismus/der Islamophobie zu thematisieren und die Anschlussstellen für antimuslimische Positionen im Rechtspopulismus aufzuzeigen.

Ansgar Klein sieht in einer konsequenten Umsetzung und Stärkung der neueren Politikfelder der Engagement- und Demokratiep politik eine zentrale Antwort auf die Herausforderungen des Rechtspopulismus. Er diskutiert die Bedeutung der Erfahrungs- und Handlungsräume des bürgerschaftlichen Engagements als Orte von Selbstwirksamkeitserfahrungen und politischem Lernen. Es sind gerade die Erfahrungs- und Handlungsbezüge des Engagements, die Civic Education auch als Lernen von Haltungen und Werten der Demokratie und des zivilen Umgangs miteinander affektiv wie normativ einschließt. Erforderlich sind nachhaltige Infrastrukturen der Zivilgesellschaft und deren künftige Strukturförderung auch in Bundeskompetenz.

Gast-Herausgeber des Themenschwerpunktes sind *Richard Gebhardt* und *Alban Werner*.

Sonderschwerpunkt:

„Privatheit und Demokratie“

Der Sonderschwerpunkt „Privatheit und Demokratie“ wird von den Gast-Herausgeberinnen *Sandra Seubert* und *Paula Helm* verantwortet. Ausgangspunkt der Beiträge ist der Befund, dass die neuen digitalen Kommunikationspraktiken und die damit verbundenen Technologien unser bisheriges Verständnis wie auch die alltäglichen Routinen von Privatheit grundlegend in Frage stellen. Dabei wird die

Dynamik Hand in Hand einerseits von – nicht nur staatlichen – Wissens- und Kontrollinteressen, andererseits von den ökonomischen Interessen einer hegemonial gewordenen Internetökonomie bestimmt.

„Zusammengenommen legen beide Quellen von Privatheitsverletzungen nahe, die Frage nach der gesellschaftlichen Bedeutung von Privatheit sehr viel grundlegender zu stellen, als es bisher der Fall gewesen ist. Die Unterbeleuchtung der gesellschaftlichen Dimension des Privaten lässt sich darauf zurückführen, dass sowohl der öffentliche als auch der akademische Diskurs Privatheit noch immer weitgehend aus einer eingeschränkten, liberal-individualistischen Perspektive heraus betrachten. In diesem Rahmen erscheint Privatheit in allererster Linie als räumlicher Rückzugs- und informationeller Kontrollanspruch für Individuen. Ein solches Verständnis tendiert dazu, die Freiheitsansprüche von Individuen isoliert von ihren sozialen Bezügen in den Blick zu nehmen und deren konstitutive Bedeutung für die Ermöglichung individueller Autonomie außer Acht zu lassen. Es ist daher wenig geeignet, die Bedeutung des Privaten für demokratische Lebensformen zu erschließen. Im Gegenteil: Aus einer individualistisch verkürzten Perspektive erscheint das Verhältnis von Privatheit und Demokratie widersprüchlich, wenn nicht antagonistisch. Privatheit erscheint als Konkurrenz zu demokratischen Gemeinwohlinteressen und muss im Zweifelsfall gegen demokratische Mehrheitsentscheidungen verteidigt werden.“

Dieser Sonderschwerpunkt setzt sich „das Ziel, das Verhältnis von Privatheit und Demokratie als eines wechselseitiger Bedingtheit zu analysieren. Ausgangspunkt ist dabei die These, dass Privatheit nicht ohne Demokratie und Demokratie nicht ohne Privatheit zu schützen ist, weil Demokratie als gesellschaftliche Praxis auf eben jener kommunikativen Infrastruktur aufbaut, für die Privatheit konstitutiv ist. Andererseits können nur unter Bedingungen von Demokratie Privatheitsansprüche von Individuen gleichberechtigt verhandelt werden“ (aus dem Editorial der Gastherausgeberinnen zum Sonderschwerpunkt in diesem Heft).

Die Beiträge schließen an die republikanische Theorietradition des demokratischen Denkens an und sensibilisieren auch dafür, dass die intermediären Räume zwischen Privatheit und Öffentlichkeit, die sich etwa in Nachbarschaften und den Netzwerken der Sozialräume finden, wesentliche Impulse und Dynamiken aus den Räumen der Privatheit in die Räume der öffentlichen hinein entfalten können.

Sandra Seubert schlägt vor, Privatheit nicht wie bisher ausgehend von einem negativen Freiheitsverständnis zu konzipieren, sondern stattdessen einen sozialen Freiheitsbegriff zu Grunde zu legen, da ein solcher die elementare Bedeutung sozialer Bezüge für die Ausprägung von Autonomie betont. Privatheit hat auch eine ermöglichende Funktion, da durch sie geschützte Kommunikationsräume geschaffen werden. Privatheit ist somit konstitutiv für den kritischen Meinungs austausch und die demokratische Meinungsbildung und prägt daher maßgeblich jene kommunikative Infrastruktur, die den Unterbau demokratischen Zusammenlebens bildet.

Die rechtswissenschaftliche Argumentation von *Johannes Eichenhofer* macht deutlich, dass gegen die Gefährdungen demokratischer Gesellschaften durch die Digitalisierung der Kommunikation ein stärkeres staatliches Eingreifen zum Schutz von Privatheit durchaus legitim sein kann. Er zeigt, dass Privatheit und Transparenz weniger als widerstreitende denn als sich gegenseitig ergänzende Prinzipien zu verstehen sind, die sich beide aus ein und demselben demokratischen Grundsatz heraus legitimieren lassen: dem Ausgleich von Machtasymmetrien.

Auch Anonymität und Öffentlichkeit sind mit Blick auf demokratische Werte weniger als widerstreitend denn als komplementär zu verstehen. So zeigt *Paula Helm*, dass Anonymität nicht allein individuellen Freiheitsansprüchen dienen mag, sondern dass sie in ihrer Fähigkeit, „Unerreichbarkeit“ zu erzeugen, wichtige Funktionen auch in Bezug auf die Kultivierung einer demokratischen Öffentlichkeit und bei

der Herstellung solidaritätsstiftender Gemeinschaftsformen erfüllen kann. Entsprechend sind auch pauschalisierende Transparenzforderungen in ihre Schranken zu weisen, denn nicht immer ist Sichtbarkeit der Demokratie förderlich. Sinnvoll scheint es daher, sowohl Anonymität als auch Transparenz in Bezug auf das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit als kontextspezifische und kulturabhängige Korrekturmechanismen zu begreifen.

Auch *Thorsten Thiel* greift die Gefahr eines Schwindens von Anonymität auf und fragt nach dem demokratischen Wert der Anonymität. Hierzu führt er zunächst die Differenzierung zwischen horizontaler Anonymität – Anonymität zwischen Peers – und vertikaler Anonymität – Anonymität in Beziehungen mit Machtungleichgewicht – ein. Mit Hilfe einer republikanischen Perspektive zeigt er sodann, warum ein Schwinden speziell von vertikaler Anonymität unerwünschte Formen der Beherrschung nach zieht: Bestehende Machtasymmetrien werden zementiert oder gar noch verstärkt, was die demokratische Bedeutung der Anonymität deutlich werden lässt.

Angesichts eines florierenden Marktes des Datenhandels im Internet kann von einer Ökonomie der Privatheit gesprochen werden. Die historische Entwicklung dieser Ökonomie, die nicht nur von Wachstum, sondern auch von Monopolisierung geprägt ist, veranschaulicht *Tim Wambach*. Er untersucht die Einbettung von sogenannten „Trackern“. Dass diese Entwicklung hin zu einer neuen Form des „informationellen Kapitalismus“ tatsächlich verhängnisvolle Folgen für personale Autonomie haben kann, verdeutlicht wiederum *Sebastian Sevignani*. Er zeigt, warum der Handel mit Daten als eine neue Form der Ausbeutung und Entfremdung problematisiert werden muss. Überdies zeigt er auf, warum ein besitz-individualistisch geprägtes Freiheitsverständnis nicht dazu geeignet sein kann, derartige Tendenzen abzuwenden.

Philipp Masur, Doris Teutsch, Tobias Dienlin und Sabine Trepte diskutieren die Rolle der „individuellen Online-Privatheitskompe-

tenz“. Personen haben ein großes Interesse am Schutz ihrer Privatheit, auch wenn dies an ihrem Alltagsverhalten nicht immer erkenntlich wird. Letzteres führen sie auf einen Mangel an diesbezüglichen individuellen Kompetenzen zurück. Angesichts dieser Diagnose stellt sich die Frage, wie einer Überforderung des Individuums angesichts einer unüberschaubaren digitalen Landschaft und strukturell eingebetteter Überwachung systematisch entgegengewirkt werden kann.

Dieser Frage widmen sich *Jörn Lamla und Carsten Ochs*. Sie diskutieren, wie ein strukturell verankerter Privatheitsschutz, der Privatheit als kollektive Herausforderung begreift, konkret aussehen könnte. Hierzu eignen sie sich das traditionell informatische Konzept der „Privacy by Design“ zu Zwecken einer sozialwissenschaftlichen Reflexion an und identifizieren sechs bisher existierende Design-Modelle, wobei sie jeweils herausarbeiten, warum keines dieser Modelle der Idee von Privatheitsschutz als einer kollektiven Herausforderung gerecht werden kann. Deshalb schlagen sie vor, „Privacy by Design“ zu demokratisieren, und skizzieren, wie ein strukturell getragenes Konzept einer „partizipativen Privacy by Design“ aussehen könnte. Sie bieten so eine Perspektive, in deren Lichte über eine beteiligungsorientierte Gestaltung von Privatheitsschutz weiterhin nachgedacht werden kann.

Insgesamt geht aus den hier versammelten Aufsätzen zum Thema Privatheit und Demokratie hervor, warum Privatheit nicht länger nur als individuelle Option auf Rückzug gedacht werden kann, sondern als wichtiger Bestandteil demokratischen Zusammenlebens. Dieses kann ohne autonomieförderliche Kommunikationsnormen und -praktiken langfristig nicht aufrechterhalten werden. Das in den Beiträgen sichtbar gemachte soziale Privatheitsverständnis betont gerade auch das kreative, widerständische und zuweilen sogar anarchische Potential, das sich innerhalb vielfältiger Kommunikationsbeziehungen unter der Bedingung eines Schutzes kommunikativer Freiheit entfalten kann.

Die hier versammelten Beiträge gehen auf Vorträge zurück, die auf der zweiten Jahreskonferenz der Forschungsgruppe „Strukturwandel des Privaten“ im September 2016 an der Goethe Universität Frankfurt gehalten wurden.

Die Rubriken

Der „Pulsschlag“ setzt die im Themenschwerpunkt dieses Heftes geführte Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus fort. *Martin Rüttgers* nimmt die Ergebnisse des jüngsten Freiwilligensurveys auf, der die Engagementquote in Deutschland erhebt, und kontrastiert dessen positiven Befunde mit Analysen zur politischen Mobilisierung, wie sie etwa durch Pegida in rechtspopulistischer Richtung betrieben wird. Neben dem kühlen Kopf zur Analyse ist, so der Autor, mehr praxisbezogene Zusammenarbeit zur Stärkung der (lokalen) Demokratie in Deutschland erforderlich. Insbesondere gelte es Infrastrukturen und Netzwerke aus den Feldern der Engagement- und Demokratiepoltik kooperativ eng zu verbinden.

Ada Sternberg analysiert das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Abschiebungen in Brandenburg und Liza Pflaum die Reaktionen auf (geplante) Unterkünfte für Geflüchtete. *Moritz Sommer* berichtet über die Jahrestagung des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung zum Thema „Rechtspopulismus als Bewegung?“ Die Hochschule Düsseldorf/ Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/ Neonazismus stellt den FORENA-Nachwuchspreis vor, der systematische theoretische und empirische Forschung zu Rassismus, Antisemitismus und zum Rechtsextremismus unterstützt.

Matthias Freise und *Carolin Schönert* berichten über ein Forschungsprojekt zu sozialen Investitionen im europäischen Vergleich.

Der Themenschwerpunkt spiegelt sich auch in der Literaturreihe wider, wo sich alle sieben Rezensionen mit Neuerscheinungen zum Komplex (Rechts-)Populismus befassen.

Die Online-Rubrik FJSB-Plus wartet mit weiteren ergänzenden Beiträgen zum Themenschwerpunkt auf, die aus einem vom Forschungsjournal mit Partnern in der Heinrich-Böll-Stiftung durchgeführten Workshop

„Rechts-Populismus in Deutschland: Politische und zivilgesellschaftliche Antworten“ hervorgegangen sind. Einen Überblick über zahlreiche Vorträge und facettenreiche Diskussionen liefert *Hans Hütt*s Beitrag. Pointiert fokussiert er die wichtigsten Thesen, Analysen und offenen Fragen der Veranstaltung.

Beate Küpper widmet sich der Frage, welche Einstellungen auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger dem Phänomen zugrunde liegen und welche Bedeutung der Meinungsbildung zukommt.

Dieter Rucht zeigt in seinen Beitrag auf, inwieweit die AfD als Bewegungspartei zu charakterisieren ist. Er argumentiert, dass durchaus Charakteristika einer Bewegungspartei vorhanden sind, diese jedoch zunehmend in den Hintergrund treten werden.

Wolfgang Schroeder, *Bernhard Wefßels*, *Alexander Berzel* und *Christian Neusser* haben die Auswirkungen der Präsenz der AfD in den Landtagen untersucht. Sie kommen zu dem Schluss, dass die Partei von einer starken Bipolarität - Provokateure und Pragmatiker - geprägt ist, die sich in den verschiedenen Landesparlamenten unterschiedlich darstellt.

Darüber hinaus bietet die Online-Rubrik eine Analyse von *Yasemin Désirée Krüger* zu den „Reichsbürgern“ als eigenständiges soziales Protestphänomen. Christopher Fritzsche

analysiert die geschlechterpolitischen Diskurse in der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ nach den sexuellen Übergriffen in der Kölner Silvesternacht 2015/16.

Karim Fathi und *Anja Osswald* diskutieren die Bedeutung von Empathie und Emotion in der digitalen Kultur. *Veza Clute-Simon* analysiert das Thema Gewalt und damit verbundene Identitätspolitik feministischer Bewegungen gestern und in Zukunft.

Richard Gebhardt und *Alban Werner* (Gastherausgeber für den Themenschwerpunkt), *Sandra Seubert* und *Paula Helm* (Gastherausgeberinnen des Sonderschwerpunkts)

Ansgar Klein, *Albrecht Lüter*, *Karin Urich* und *Jan Rohwerder* (für Herausgeber und Redaktion)

Literatur

Eagleton, Terry 1991: *Ideology. An Introduction*. London/New York: Verso.

Offe, Claus 2003: *Freiheit, Sicherheit, Effizienz. Spannungen zwischen Gerechtigkeitsnormen für Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat*. In: Allmendinger, Jutta (Hg.): *Entstaatlichung und soziale Sicherheit*. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002, Teil 1, S. 15-32. Opladen: Leske+Budrich.